



**Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 24. September 2014**

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0102

**Beschäftigungsmaßnahmen des Bundes  
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.09.2014-**

Der Bund führt regelmäßig Beschäftigungsmaßnahmen durch, mit denen auch in Wiesbaden Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Diese Beschäftigungsmaßnahmen sowie ihre finanzielle Ausstattung unterliegen häufig Veränderungen.

Dies ist besonders bei Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung problematisch, da den Teilnehmern an einer solchen Maßnahme die Arbeitslosigkeit droht. Aktuelles Beispiel ist das Projekt „Chance 50 plus“ in AKK.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) welche Maßnahmen des Bundes zur Beschäftigungsförderung mit und seit der ‚Instrumentenreform‘ ausgelaufen sind bzw. bei welchen Maßnahmen es zu finanziellen Kürzungen für Wiesbaden gekommen ist;
- b) welche Projekte zur Beschäftigungsförderung nach dem Auslaufen bzw. der Reduktion der Fördermittel mit städtischen Geldern weitergeführt wurden beziehungsweise noch werden;
- c) wie viel die Stadt die Weiterführung der ehemals geförderten Projekte pro Jahr gekostet hat, derzeit kostet und zukünftig kosten wird beziehungsweise würde.

---

**Beschluss Nr. 0317**

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2014

Horschler  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2014

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .10.2014

Dezernat VI  
in Verbindung mit  
Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister